



PRESSE – INFORMATION

- Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen -

Organisationen fordern: Ressourcenschutz muss umfassend im Koalitionsvertrag verankert werden

Hamburg/Berlin, 10.11.2021 – Anlässlich der Koalitionsverhandlungen fordern B.A.U.M. e.V., das Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften, und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) unterstützt von 17 weiteren Organisationen die Koalitionsparteien dazu auf, der deutschen Ressourcenpolitik eine neue Ausrichtung zu geben. Aktuell gleicht die deutsche Ressourcenpolitik einem Flickenteppich von Strategien, Programmen und Gesetzen, die parallel und teilweise gegeneinander laufen. All diese Maßnahmen haben jedoch eins gemeinsam: Sie haben es in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft, den Ressourcenverbrauch zu verringern.

Yvonne Zwick, Vorsitzende von B.A.U.M., verdeutlicht die Bedeutung eines regulativen Rahmens für den Ressourcenschutz, um Aktivitäten in der Wirtschaft zu mobilisieren: "Wir erwarten von der kommenden Bundesregierung, dass sie – vergleichbar mit dem Klimaschutz – einen eindeutigen Regulierungsrahmen für Ressourcenschutz setzt. Wirklich nachhaltige Unternehmen, die sich zurecht so bezeichnen wollen, dürfen Umwelt und Gesellschaft nicht schaden. Übergeordnete Ressourcenschutzziele geben einen Impuls dafür, Ressourcen nur in dem Maße zu nutzen, wie es sozial-ökologisch vertretbar und global gerecht ist. Wenn zudem für alle Unternehmen die gleichen Spielregeln gelten, setzt das Anreize für deutsche Unternehmen, die enormen Potenziale unserer Kreislauf-, Repair-, Sharing- und Recyclingwirtschaft zu heben. Kreislaufwirtschaft schafft neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze, die unsere Mitwelt schonen."

Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND, betont: "SPD, FDP und Grüne haben das Thema Ressourcenschutz in den Ergebnissen der Sondierungsgespräche nicht einmal erwähnt. Dabei ist unser Ressourcen hunger für über 90 Prozent des Verlustes biologischer Vielfalt und der global zunehmenden Wasserknappheit sowie etwa für die Hälfte der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Deshalb braucht die deutsche Ressourcenpolitik eine neue Architektur. Die neue Bundesregierung muss den Flickenteppich von Gesetzen, Strategien und Programmen durch einen neuen Rahmen ersetzen, der den Ressourcenverbrauch auch absolut verringert. Ohne den Ressourcenverbrauch in einem ersten Schritt bis 2030 um mindestens die Hälfte zu reduzieren, werden wir weder Klimawandel noch Artensterben aufhalten können."

Die aktuelle Knappheit vieler Rohstoffe zeigt mehr als deutlich, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Zirkuläres Wirtschaften ist dabei ein zentraler Schlüssel für den Umbau hin zu einem zukunftsfähigen und klimaneutralen Produktionsstandort Deutschland.

Mehr Informationen

- Das Statement von B.A.U.M. und BUND finden Sie unter:
www.bund.net/ressourcenschutzgesetz
- Policy Brief des Netzwerk Ressourcenwende zur absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs: www.ressourcenwende.net/publikationen/policy-brief-ressourcenschutzziele-zur-absoluten-reduktion-des-ressourcenverbrauchs

Kontakt:

Rolf Buschmann, BUND-Referent für technischen Umweltschutz, Tel.: 030-275 86-482,
rolf.buschmann@bund.net

Katrin Wippich, B.A.U.M.-Medienreferentin, Tel.: 040-49 07 11 08,
katrin.wippich@baumev.de

Über B.A.U.M.

Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) e.V. wurde 1984 als erste überparteiliche Umweltinitiative der Wirtschaft gegründet und ist heute mit über 700 Mitgliedern ein starkes Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaftens. B.A.U.M. unterstützt seine Mitglieder in Fragen des unternehmerischen Umweltschutzes und nachhaltigen Wirtschaftens. Der Schwerpunkt liegt auf praxisorientiertem Erfahrungsaustausch und Service. Leuchtturmprojekte sind die Initiative "Wirtschaft pro Klima", nachhaltig.digital sowie die jährliche Verleihung des B.A.U.M. | Umwelt- und Nachhaltigkeitspreises. www.baumev.de @BAUMeV